Planfeststellungsverfahren

- Bekanntmachung vom 14. Januar 2020 (siehe unten):
Bundeswasserstraße Donau; Planfeststellungsverfahren für den Ausbau der Wasserstraße und die Verbesserung des Hochwasserschutzes Straubing-Vilshofen, Teilabschnitt 1: Straubing-Deggendorf, Donau-km 2321,7 bis 2282,5
Auslegung des Planfeststellungsbeschlusses der Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt vom 20.12.2019.
- Bürgermeister Heinrich Krempl hat am 19. Juli 2017 am Erörterungstermin zum Planfeststellungsverfahren für den Ausbau der Wasserstraße und die Verbesserung des Hochwasserschutzes Straubing-Vilshofen, Teilabschnitt 1: Straubing-Deggendorf, Planänderungen Fortschreibung der Planung vom Oktober 2016, im Landratsamt Straubing-Bogen teilgenommen.
- Information zum Planfeststellungsverfahren für den Ausbau der Wasserstraße und die Verbesserung des Hochwasserschutzes Straubing-Vilshofen, Teilabschnitt 1: Straubing-Deggendorf, in der Gemeinderatssitzung vom 16. Februar 2017:
Die Auslegung der Unterlagen erfolgte vom 16.01.2017 bis zum 15.02.2017. Von Seiten der Bürger wurden bei der Gemeinde keine Einwendungen vorgebracht. Die Anregungen der Gemeinde und der Bürger aus der vorangegangenen Auslegung wurden zufriedenstellend eingearbeitet. Von Seiten der Gemeinde Parkstetten werden keine weiteren Einwendungen oder Anregungen vorgebracht.
- Information über die Auslegung der geänderten Planunterlagen in der Gemeinderatssitzung am 19. Januar 2017:
Die geänderten Planunterlagen sind eingegangen und liegen in der Zeit vom 16.01.2017 bis einschließlich 15.02.2017 öffentlich in der Verwaltung aus. Abgabe von Stellungnahmen oder Einwendungen der Bürger bzw. der Gemeinde bis spätestens 01.03.2017.
- Bekanntmachung vom 16. Dezember 2016:
Bundeswasserstraße Donau; Planfeststellungsverfahren für den Ausbau der Wasserstraße und die Verbesserung des Hochwasserschutzes Straubing-Vilshofen, Teilabschnitt 1: Straubing-Deggendorf, Donau-km 2321,7 bis 2282,5, Planänderungen – Fortschreibung der Planung von Oktober 2016

Die kompletten Unterlagen und Karten zum Planfeststellungsverfahren sind unter www.lebensader-donau.de/download-center/planfeststellungs-verfahren-donauausbau/ zu finden.

Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt
Standort Würzburg
Wörthstraße 19, 97082 Würzburg
3600P-143.3-Do/89

Würzburg, 16.12.2016
Telefon: 0931 4105-393 (juristisch)
089 99222-0 (technisch)

**Bundeswasserstraße Donau;
Planfeststellungsverfahren
für den Ausbau der Wasserstraße und die Verbesserung des Hochwasserschutzes
Straubing – Vilshofen, Teilabschnitt 1: Straubing – Deggendorf,
Donau-km 2321,7 bis 2282,5**

**Planänderungen
Fortschreibung der Planung von Oktober 2016**

Bekanntmachung

über die Auslegung von geänderten Plänen der o. g. Vorhaben an der Bundeswasserstraße Donau.

I.

Die Bundesrepublik Deutschland (Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes) und der Freistaat Bayern (Wasserwirtschaftsverwaltung), jeweils vertreten durch die RMD Wasserstraßen GmbH, Blütenburgstraße 20, 80636 München, beabsichtigen den Ausbau der Wasserstraße und die Verbesserung des Hochwasserschutzes im o. g. Bereich der Bundeswasserstraße Donau durchzuführen.

Die Bauvorhaben betreffen die Stadt Bogen, die Stadt Deggendorf, die Stadt Straubing, die Stadt Plattling, den Markt Metten sowie die Gemeinden Aiterhofen (Verwaltungsgemeinschaft Aiterhofen), Irlbach (Verwaltungsgemeinschaft Straßkirchen), Mariaposching und Niederwinkling (jeweils Verwaltungsgemeinschaft Schwarzach), Offenberg, Parkstetten, Stephansposching.

Der Plan für die Bauvorhaben lag in der Zeit von Dienstag, 16.09.2014 bis Donnerstag, 16.10.2014 (jeweils einschließlich) während der Dienststunden in den betroffenen Kommunen zur Einsicht aus. Erste Planänderungen lagen in der Zeit von Mittwoch, 17.06.2015 bis Freitag, 17.07.2015 (jeweils einschließlich) während der Dienststunden in den betroffenen Kommunen zur Einsicht aus.

In der Zeit vom 12.04.2016 bis 12.05.2016 fanden die Erörterungstermine statt, an denen die eingegangenen Einwendungen und Stellungnahmen erörtert wurden.

Aufgrund der Einwendungen und Stellungnahmen und aufgrund der Erörterungen wurde die Planung teilweise geändert. Eine erste Planänderung von Maßnahmen zur Verbesserung des Hochwasserschutzes im Polder Steinkirchen (Deiche Bergham, Fehmbach, Natternberg-Ort) lagen bereits in der Zeit von Montag, 10.10.2016 bis Mittwoch, 09.11.2016 (jeweils einschließlich) in den davon betroffenen Kommunen zur Einsicht aus.

Die weiteren Planänderungen (Fortschreibung der Planung von Oktober 2016) betreffen das Vorhaben zum Ausbau der Wasserstraße sowie das Vorhaben zur Verbesserung des Hochwasserschutzes (Polder Parkstetten-Reibersdorf, Sulzbach, Offenberg-Metten, Sand-Entau, Steinkirchen - ohne die Deiche Bergham, Fehmbach, Natternberg-Ort) jeweils einschließlich Maßnahmen des Landschaftspflegerischen Begleitplans (LBP-Maßnahmen). Sie umfassen im Wesentlichen die folgenden Maßnahmen.

1. Ausbau der Wasserstraße:

- 1.1 Anpassung von Sohlsicherungsmaßnahmen (Tertiärabdeckung, Teilverbau Kolk, Teilverfüllung Kolk und Grobkornzugabe), v.a. Verzicht auf eine Vielzahl dieser Maßnahmen.
- 1.2 Lokale Anpassung des Fahrrinnenverlaufs und der Sohlbaggerungsmaßnahmen,
- 1.3 Anpassung von Buhnen einschließlich Vertiefung ausgewählter von Buhnenkerben sowie lokaler Verzicht auf Buhnenneubauten bzw. -ertüchtigungen,
- 1.4 Anpassung von Parallelwerken (z. B. Öffnung des Regelungsbauwerkes an der alten Fährrampe Pfelling) und Ufervorschüttungen (inklusive ihrer Kiesüberschüttung),
- 1.5 Anpassungen im Bereich der Slipstelle und der Ölsperre Waltendorf, d.h. Wiederherstellung der Anlegemöglichkeit, Verlegung (Rückbau und Neubau) einer Schiffswendestelle, Verschiebung eines Parallelwerkneubaus, Verzicht auf 2 Buhnenneubauten sowie Anpassung der entsprechenden LBP-Maßnahmen,
- 1.6 Konkretisierung und Verortung der Brücke bzw. Furt zwecks Zugänglichkeit der zwischen den Auefließgewässern Reibersdorf bzw. Waltendorf und der Donau entstehenden Inseln,
- 1.7 Anpassung und teilweise lokale Verschiebung von Uferrückbauten,
- 1.8 Anpassung der Flussinseln Hundldorf und Zeitldorf inklusive der Nebenarme und der benachbarten Buhnen,
- 1.9 Anpassung und Konkretisierung der Planung zur „Verlegung der Schwarzachmündung mit Kiesvorschüttung“,
- 1.10 Konkretisierung der Bauzeitenregelung in Bezug auf die LBP-Maßnahmenkomplexe 2, 5 und 11,
- 1.11 Redaktionelle Überarbeitung und Aktualisierung von Planunterlagen.

2. Verbesserung des Hochwasserschutzes:

Polderübergreifende Maßnahmen:

- 2.1 Maßnahmen zur Anpassung, Sicherung und Optimierung der bestehenden Erschließungssituation:
 - a. Erweiterung, Anpassung und Optimierung des bestehenden Wegenetzes (Wirtschafts-, Vorland-, Deichkronen-, Deichhinter- und Deichverteidigungswege sowie Ein-, Aus- und Zufahrten, Anschlüsse, Anbindungen oder Brücken) einschließlich der Wegeführung des Baustraßenverlaufs,

- b. Erweiterung, Anpassung, Optimierung und Ergänzung von Deichquerungen (Sichtbeziehung und Ausweichbuchten bei Deichüberfahrten für landwirtschaftlichen Verkehr, Wendehammer, Rampen, Übergänge) und Anbindung von Deichabfahrten an das bestehende Wegenetz,
 - c. Anpassung vorhandener Sparten/Leitungen (Fernmeldetechnik, Gas, Trinkwasser, Strom etc.) sowie von Kreuzungsbauwerken (Schöpfwerke, Schöpfstellen, Siele, Düker, Gräben, Durchlässe).
 - d. Ausgestaltung und Nutzung von Schutzstreifen zur Befahrung mit landwirtschaftlichem Gerät bzw. mit Wartungs- und Unterhaltungsfahrzeugen oder zur temporären Lagerung landwirtschaftlicher Erzeugnisse in der Erntezeit,
- 2.2 Anpassung des Binnenentwässerungssystems (Schöpfwerke, Schöpfstellen, Siele, Mahlbussen, Mulden, Rigolen, Gräben, Verrohrungen).
- 2.3 Teilweise Anpassung/Aufhebung von Bauzeitenregelungen und -beschränkungen (LBP-Vermeidungsmaßnahmen).
- 2.4 Überarbeitung der Beilage 126 („Hydrologie und Hydrotechnische Berechnungen“) und Aktualisierung als Beilage 126 b sowie redaktionelle Überarbeitung und Aktualisierung weiterer Planunterlagen.

Planänderungen in den einzelnen Poldern:

Polder Parkstetten-Reibersdorf:

2.5 Deich Alte Kinsach

- a. Anpassung bzw. Verzicht auf mobile Hochwasserschutz Elemente,
- b. Optimierung der Oberflächenentwässerung durch Anlage einer Rasenmulde im landseitigen Deichschutzstreifen einschließlich lokaler Verrohrungen,
- c. Optimierung beim Neubau des Schöpfwerks Alte Kinsach,
- d. Anpassung von Hochwasserschutzanlagen (Lage, Trassierung, Geometrien) aufgrund aktueller Bestandsvermessungen.

2.6 Deich Bräufeld

Anpassung der Überlaufstrecke sowie Neubau eines Entwässerungsgrabens mit lokalen Verrohrungen bzw. Entwässerungsleitung zwischen der Überlaufstrecke und dem Mahlbussen des bestehenden Schöpfwerks Bogen-Land.

2.7 Deich Lenach

- a. Ausbildung des Siels Lenach als Schöpfstelle sowie Entfall eines Entwässerungsgrabens und eines Entwässerungsdurchlasses; Ausstattung mit elektrischen Antriebskomponenten,
- b. Lokale Optimierung/Verschiebung der Deichtrasse,
- c. Optimierung der Deichscharte an der Staatsstraße St 2125,
- d. Optimierung des Siels Alte Kinsach; Ausstattung mit elektrischen Antriebskomponenten.

2.8 Deich Kinsach

- a. Änderung des Deichanschlusses an den Straßendamm der Bundesstraße B 20,
- b. Konkretisierung/Richtigstellung der Planung der Siele Moosbach-Ableiter sowie Kinsach I und Kinsach II; Ausstattung mit elektrischen Antriebskomponenten.

2.9 Sonstige Bauwerke/Planänderungen

- a. Anpassungen/Richtigstellungen zur Planung des Schöpfwerks Oberalteich,
- b. Errichtung eines Versickerungsbeckens zur Ableitung des Niederschlagswassers aus der zu erweiternden Donaubrücke (B 20),
- c. Flächenänderungen in Bezug auf die LBP-Maßnahme Nr. 4 A_{CEF}.

Polder Sulzbach:

2.10 Deich Waltendorf

- a. Neubau einer Wasserentnahmeleitung DN 150 mit Anschlusskupplungen auf der Land- und der Wasserseite (getrennt von der Schöpfwerksleitung Lenzing),
- b. Anpassung einer Hochwasserschutzmauer einschließlich Deichüberfahrt sowie Errichtung eines Deichbalkenverschlusses,
- c. Neubau einer Drainage- und Transportleitung zwischen den Schöpfwerken Waltendorf und Mariaposching im landseitigen Deichschutzstreifen einschließlich Neubau eines Pumpenschachts auf dem Betriebsgelände des Schöpfwerks Mariaposching,
- d. Lokale Optimierung/Verschiebung der Deichtrasse,
- e. Anpassung Schöpfwerk Mariaposching.

2.11 Deich Hundldorf

Beibehaltung der Flüssiggasanlage Sommersdorf.

2.12 Deich Schwarzach rechts

- a. Anpassung des neu zu errichtenden Sielbauwerks am Spitzraingraben; Ausstattung mit elektrischen Antriebskomponenten,
- b. Anpassung einer Hochwasserschutzmauer einschließlich Errichtung eines Deichbalkenverschlusses,
- c. Anpassung des Schöpfwerks Sulzbach II und des Siels Sulzbach.

2.13 Sonstige Änderungen

- a. Anpassung von LBP-Maßnahmen im Bereich der Ölsperre Waltendorf,
- b. Räumliche Verlegung von LBP-Maßnahmen (LBP-Maßnahmenkomplexe 9 und 12).

Polder Offenberg-Metten:2.14 Deich Schwarzach links (bi)

- a. Lokale Optimierung/Verschiebung der Deichtrasse nach Osten,
- b. Anpassung der bestehenden Entwässerungseinrichtungen zwischen dem Deich und der Bundesautobahn A 3.

2.15 Deich Kleinschwarzach

- a. Verschiebung des geplanten Siels Sulzbach Altwasser einschließlich Errichtung eines zusätzlichen Deichbalkenverschlusses in die Hochwasserschutzauflagemauer,
- b. Verlegung des Aussichtspavillons in die Nähe der neuen Brücke über die Schwarzach,
- c. Rückbau einer bestehenden Sickerwassereinrichtung und Errichtung eines neuen gemeinsamen Entwässerungssystems für Sicker- und Oberflächenwasser im Zuge des Neu- bzw. Ausbaus der Kreisstraße DEG 15,
- d. Anpassung von Hochwasserschutzanlagen (Lage, Trassierung, Geometrien) aufgrund aktueller Bestandsvermessungen.

2.16 Deich Metten West

Errichtung zusätzlicher Deichbalkenverschlüsse in die Hochwasserschutzmauer.

2.17 Deich Metten Ost

Anpassung und Ergänzung der vorhandenen Entwässerungseinrichtungen entlang des Deichs einschließlich Errichtung eines neuen Siels mit Absperrorganen.

2.18 Deich Schwarzach links (Bestand)

Errichtung einer Überlaufstrecke mit aufgesetztem erodierbarem Deich einschließlich Wegeanbindung sowie Errichtung einer separaten Auslaufstelle als Spundwandscharte im bestehenden Deichkörper.

Polder Sand-Entau:2.19 Deich Sand

- a. Anpassung der Deichtrasse einschließlich Entfall eines Siels,
- b. Abbruch des Siels Sand II.

2.20 Deich Sand-Asham

- a. Errichtung einer Überlaufstrecke zwischen Sand und Hermansdorf mit aufgesetztem erodierbarem Deich mit Errichtung einer Tosmulde im Auslaufbereich; Anhebung der Gemeindeverbindungsstraße SR 12 (alt) und Errichtung einer Straßenbrücke über die Überlaufschwelle; Entfall der bereichsweisen Absenkung der SR 12 (alt) zwischen Entau und Irlbach,
- b. Errichtung eines Deichbalkenverschlusses bei der Querung der SR 12 (neu) einschließlich Anpassung der bisher geplanten Wegeanschlüsse sowie des vorhandenen Entwässerungsgrabens,

- c. Lokale Optimierung/Verschiebung der Deichtrasse,
- d. Anpassungen im Umfeld der Schöpfstelle Hunderdorf.

2.21 Deich Hermannsdorf-Ainbrach

Ausstattung der Siele Lohgraben, Dürrlohgraben und Ainbrach mit elektrischen Antrieben für die Schiebertafel sowie Anpassung der Wegeanschlüsse.

2.22 Deich Ainbrach-Sophienhof

Anpassung der Entwässerungseinrichtungen entlang der SR 12 (alt) nördlich und südlich des Anschlusses des neuen Deichs Entau einschließlich Anpassung des Siels Seefeldgraben.

2.23 Deich Entau

Optimierung des Deichverlaufs im Bereich eines Hofgrundstücks.

2.24 Sonstige Änderungen

- a. Verschiebung der LBP-Maßnahmen Nrn. 6-4.1 A_{CEF} und 6-4.2 A_{CEF}.
- b. Fischschutzmaßnahmen an den Schöpfwerken Sand 1 und Sand II

Polder Steinkirchen (ohne Deiche Bergham, Fehmbach und Natternberg-Ort)

2.25 Deich Steinkirchen

Errichtung eines weiteren Deichbalkenverschlusses in die Hochwasserschutzmauer.

2.26 Hochwasserrückhalteraum

- a. Anpassung des Siels Saubach (Neubau eines polderseitigen Absperrbauwerks für den bestehenden Durchlass des Saubachs unter dem Damm der Bundesautobahn A 3),
- b. Detaillierung zur Ausgestaltung und Steuerung des kombinierten Ein- und Auslaufbauwerks,
- c. Anhebung des Aktivierungswasserspiegels für den Hochwasserrückhalteraum von 315,30 m + NN auf 315,60 m + NN einschließlich Verringerung der Einsatzhäufigkeit des Schöpfwerks Fehmbach.

2.27 Schöpfwerke Natternberg I und II

- a. Erhöhung des bestehenden Hochwasserschutzdeichs mit aufgesetzter Hochwasserschutzmauer einschließlich der Errichtung eines Deichbalkenverschlusses,
- b. Anpassung des Mahlbusens am bestehenden Schöpfwerk Natternberg I,
- c. Optimierung des geplanten Schöpfwerks Natternberg II einschließlich Optimierung der Wegeanbindung, des Siels und des Verbindungsgrabens zwischen dem Schöpfwerksauslauf und der Donau,

2.28 Verschiebung der LBP-Maßnahmen Nrn. 15.1 AFFH und 15.2 AFFH.

Die Ausbauvorhaben sind Gegenstand einer Umweltverträglichkeitsprüfung. Die Auswirkungen der Planänderungen auf die Umwelt (Menschen einschließlich menschlicher Gesundheit, Pflanzen, Tiere, biologische Vielfalt, Boden, Wasser, Luft und Klima, Landschaft, Kulturgüter und sonstige Sachgüter sowie die Wechselwirkungen zwischen den vorgenannten Schutzgütern) sind aus den ausgelegten Unterlagen, insbesondere aus den Beilagen Nrn. 56.3, 66.3, 82.3, 96.3, 113.3 und 125.8, ersichtlich.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf die zur Einsicht ausgelegten geänderten Planunterlagen verwiesen. Technische Fragen sind an die RMD Wasserstraßen GmbH (Telefon 089 99222-0) und juristische Fragen an Planfeststellungsbehörde bei der Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt – Standort Würzburg (Telefon: 0931 4105-393 bzw. 0931 4105-0) zu richten.

II.

Gemäß § 78 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) wird für den Ausbau der Wasserstraße und die Verbesserung des Hochwasserschutzes ein gemeinsames Planfeststellungsverfahren durchgeführt, nach § 14 Bundeswasserstraßengesetz (WaStrG) in Verbindung mit §§ 72 bis 78 VwVfG.

Gemäß § 73 Abs. 8 VwVfG ist, sofern ein ausgelegter Plan geändert wird, die Änderung den Betroffenen mitzuteilen.

III.

Die geänderten Planunterlagen liegen in der Zeit

**vom Montag, 16.01.2017 bis Mittwoch, 15.02.2017
(jeweils einschließlich)**

während der Dienststunden zur Einsicht aus:

1. In der Verwaltungsgemeinschaft Aiterhofen, Straubinger Straße 4, 94330 Aiterhofen

von Montag bis Freitag	von 08:00 Uhr bis 12:00 Uhr und
<u>zusätzlich</u>	
Donnerstag	von 14:00 Uhr bis 18:00 Uhr.

2. Im Bauamt der Stadt Bogen, Stadtplatz 56, 94327 Bogen – Zimmer 11

von Montag bis Freitag	von 08:00 Uhr bis 12:00 Uhr und
<u>zusätzlich</u>	
Donnerstag	von 13:00 Uhr bis 18:00 Uhr.

3. Im Bauverwaltungsamt der Stadt Deggendorf, Franz-Josef-Strauß-Straße 3, 94469 Deggendorf – 2. Stock, Flur zwischen Zimmer 236 und 237

von Montag bis Freitag	von 08:00 Uhr bis 12:00 Uhr und
<u>zusätzlich</u>	
am Montag, Dienstag und Donnerstag	von 13:00 Uhr bis 16:00 Uhr,

4. Im Rathaus des Marktes Metten, Krankenhausstraße 22, 94526 Metten

von Montag bis Donnerstag	von 07:15 Uhr bis 12:00 Uhr,
Freitag	von 07:00 Uhr bis 12:00 Uhr und
<u>zusätzlich</u>	
Montag und Mittwoch	von 12.45 Uhr bis 16.30 Uhr.

5. Im Rathaus der Gemeinde Offenberg, Rathausplatz 1, 94560 Offenberg

am Montag, Dienstag, Mittwoch und Freitag	von 07:30 Uhr bis 12:00 Uhr und
<u>zusätzlich</u>	
Donnerstag	von 13:00 Uhr bis 18:00 Uhr.

6. Im Rathaus der Gemeinde Parkstetten, Schulstraße 3, 94365 Parkstetten

von Montag bis Freitag	von 08:00 Uhr bis 12:00 Uhr und
<u>zusätzlich</u>	
Dienstag	von 13:00 Uhr bis 17:00 Uhr,
Donnerstag	von 14:00 Uhr bis 18:00 Uhr.

7. Im Bauamt der Stadt Plattling, Preysingplatz 1, 94447 Plattling – 2. Stock, Zimmer 207

von Montag bis Freitag	von 08:00 Uhr bis 12:00 Uhr und
<u>zusätzlich</u>	
Montag bis Donnerstag	von 14:00 Uhr bis 16:00 Uhr.

8. In der Verwaltungsgemeinschaft Schwarzach, Marktplatz 1, 94374 Schwarzach

von Montag bis Freitag	von 08:00 Uhr bis 12:00 Uhr,
<u>zusätzlich</u>	
Montag und Dienstag	von 13:00 Uhr bis 16:00 Uhr und
Donnerstag	von 13:00 Uhr bis 18:00 Uhr.

9. Im Rathaus der Gemeinde Stephansposching, Deggendorfer Straße 6, 94569 Stephansposching

von Montag bis Freitag	von 08:00 Uhr bis 12:00 Uhr und
<u>zusätzlich</u>	
Donnerstag	von 14:00 Uhr bis 17:30 Uhr.

10. In der Verwaltungsgemeinschaft Straßkirchen, Lindenstraße 1, 94342 Straßkirchen

von Montag bis Donnerstag	von 08:00 Uhr bis 12:00 Uhr,
Freitag	von 08:00 Uhr bis 12:15 Uhr und
<u>zusätzlich</u>	
Dienstag	von 13:30 Uhr bis 15:30 Uhr,
Donnerstag	von 13:30 Uhr bis 18:00 Uhr.

11. Im Umweltamt der Stadt Straubing, Theresienplatz 2, 94315 Straubing – Zimmer 128

von Montag bis Freitag	von 08:00 Uhr bis 12:00 Uhr und
<u>zusätzlich</u>	
von Montag bis Mittwoch	von 14:00 Uhr bis 16:00 Uhr,
Donnerstag	von 14:00 Uhr bis 17:00 Uhr.

12. In der Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt – Standort Würzburg, Wörthstraße 19, 97082 Würzburg - Zimmer 302, nach vorheriger Absprache unter Telefon 0931 4105-393 bzw. 0931 4105-0.

Die Bekanntmachung und die Planunterlagen können zusätzlich auch im Internet eingesehen werden unter <http://www.ast-sued.gdws.wsv.de/aktuelles/bekanntmachungen/index.html>.

IV.

1. Jeder, dessen Belange durch die Planänderungen berührt werden, kann Einwendungen gegen den geänderten Plan erheben (§ 73 Abs. 4 Satz 1 VwVfG). Vereinigungen, die aufgrund einer Anerkennung nach anderen Rechtsvorschriften befugt sind, Rechtsbehelfe nach der Verwaltungsgerichtsordnung gegen den Planfeststellungsbeschluss einzulegen, können eine Stellungnahme zu den Planänderungen abgeben (§ 73 Abs. 4 Satz 5 VwVfG).

Die Einwendungen und die Stellungnahmen der anerkannten Vereinigungen sind zur Vermeidung des Ausschlusses bis zwei Wochen nach Ablauf der Auslegungsfrist, also bis spätestens

Mittwoch, 01.03.2017

schriftlich (Brief oder Telefax) oder zur Niederschrift einzureichen bei der Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt – Standort Würzburg, Wörthstraße 19, 97082 Würzburg oder bei einer der unter Ziffer III. genannten Kommunen, in denen die Planänderungen zur Einsicht ausliegen. Maßgeblich ist der Tag des Eingangs der Einwendung bzw. der Stellungnahme, nicht das Datum des Poststempels.

Die Einwendungen gegen die Planänderungen müssen Namen und Anschrift des Einwenders/der Einwenderin enthalten, das betroffene Rechtsgut bzw. Interesse benennen und die befürchtete Beeinträchtigung darlegen. Bei Eigentumsbeeinträchtigungen sind möglichst die Flurstücknummern und Gemarkungen der betroffenen Grundstücke anzugeben.

Es ist dagegen nicht erforderlich, bereits erhobene Einwendungen und eingereichte Stellungnahmen gegen den ursprünglich ausgelegten Plan und gegen die bislang ausgelegten Planänderungen erneut einzureichen. Die bisher erhobenen Einwendungen und abgegebenen Stellungnahmen bleiben weiterhin Gegenstand des Planfeststellungsverfahrens, soweit sie sich nicht im Zuge der Erörterungen erledigt haben.

Darüber hinaus wird der Öffentlichkeit Gelegenheit gegeben, sich zu den Umweltauswirkungen des Vorhabens gemäß § 9 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) zu äußern.

2. Mit Ablauf der o. g. Frist sind Einwendungen ebenso wie Stellungnahmen von anerkannten Vereinigungen gegen die Planänderungen ausgeschlossen, sofern sie nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen. Ansprüche wegen nicht voraussehbarer nachteiliger Wirkungen des Vorhabens können auch nach Ablauf der Einwendungsfrist geltend gemacht werden, gemäß § 75 Abs. 2 VwVfG.
3. Von einer erneuten Erörterung kann im Regelfall abgesehen werden (§ 14a Nr. 2 WaStrG). Falls ein Erörterungstermin durchgeführt wird, an dem die rechtzeitig erhobenen Einwendungen und die rechtzeitig abgegebenen Stellungnahmen von anerkannten Vereinigungen zu den Planänderungen erörtert werden, wird hierzu gesondert geladen. Es wird bereits jetzt darauf hingewiesen, dass bei Ausbleiben eines Beteiligten auch ohne ihn verhandelt werden kann.

4. Diejenigen, die Einwendungen erhoben haben und die anerkannten Vereinigungen, die Stellungnahmen abgegeben haben, können von einem Erörterungstermin durch öffentliche Bekanntmachung benachrichtigt werden sowie die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden, wenn mehr als 50 Benachrichtigungen oder Zustellungen vorzunehmen sind.

Das Gleiche gilt für die Äußerungen zu den Umweltauswirkungen des Vorhabens.

5. Hinsichtlich des Vorhabens „Ausbau der Wasserstraße“ tritt vom Beginn der Auslegung der geänderten und ergänzenden Planunterlagen an (16.01.2017) für die dadurch erstmals betroffenen Grundstücke eine Veränderungssperre nach § 15 Abs. 1 WaStrG ein. Für alle anderen betroffenen Grundstücke ist die Veränderungssperre nach § 15 Abs.1 WaStrG bereits ab 16.09.2014 bzw. ab 17.06.2015 eingetreten.

Veränderungssperre bedeutet, dass bis zur Inanspruchnahme der Flächen bzw. bis zur Unanfechtbarkeit des Planfeststellungsbeschlusses wesentlich wertsteigernde oder die geplante Baumaßnahmen erheblich erschwerende Veränderungen nicht vorgenommen werden dürfen. Veränderungen, die in rechtlich zulässiger Weise vorher begonnen worden sind, Unterhaltungsarbeiten und die Fortführung einer bisher ausgeübten Nutzung werden davon nicht berührt. Unzulässige Veränderungen bleiben bei der Anordnung von Vorkehrungen und Anlagen (§ 74 Abs. 2 VwVfG, § 14b Nr. 1 WaStrG) und im Entschädigungsverfahren unberücksichtigt.

Darüber hinaus besteht nach dem Eintritt der Veränderungssperre auf den vom Plan betroffenen Flächen für den Bund ein Vorkaufsrecht gemäß § 15 Abs. 3 WaStrG.

6. Es wird auf folgende Verordnungen verwiesen, mit denen Überschwemmungsgebiete festgesetzt wurden, mit den sich aus der jeweiligen Verordnung ergebenden Rechtswirkungen:
- Verordnung des Landratsamtes Straubing-Bogen über die Festsetzung des Überschwemmungsgebiets der Donau von Flusskilometer 2346,4 bis Flusskilometer 2293,5 im Bereich der Gemeinden Kirchroth, Aholting, Steinach, Parkstetten, Niederwinkling, Maria-Posching, Aiterhofen, Irlbach, Straßkirchen und der Stadt Bogen vom 15.06.2015 (Amtsblatt des Landkreises Straubing-Bogen Nr. 10 vom 17.06.2015)
 - Verordnung des Landratsamtes Deggendorf vom 07.09.2015 über die Überschwemmungsgebiete an der Donau von Donaukilometer 2257,53 bis 2300,40 und an der Isar von Isarkilometer 0,00 bis 19,36 im Bereich des Landkreises Deggendorf (Amtsblatt für den Landkreis Deggendorf Nr. 10/2015 vom 07.09.2015)

Im Auftrag

gez. Welte

(Regierungsrätin)

Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt
Standort Würzburg
Wörthstraße 19, 97082 Würzburg
3600P-143.3-Do/89

Würzburg, 20.12.2019
Telefon: 0931 4105-393

**Bundeswasserstraße Donau;
Planfeststellungsverfahren für
den Ausbau der Wasserstraße und die Verbesserung des Hochwasserschutzes
Straubing – Vilshofen, Teilabschnitt 1: Straubing – Deggendorf,
Donau-km 2321,7 bis 2282,5**

Öffentliche Bekanntmachung

über die Auslegung des Planfeststellungsbeschlusses der Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt – Standort Würzburg – vom 20.12.2019 – 3600P-143.3-Do/89 – für den Ausbau der Wasserstraße und die Verbesserung des Hochwasserschutzes an der Bundeswasserstraße Donau von Straubing bis Vilshofen, Teilabschnitt 1: Straubing – Deggendorf, Donau-km 2321,7 bis 2282,5, nebst den dazugehörigen Planbeilagen.

I.

Die Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt, Standort Würzburg hat gemäß § 14b des Bundeswasserstraßengesetzes (WaStrG) in Verbindung mit § 74 des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG) den Plan für die o. g. Vorhaben festgestellt.

1. Die Vorhaben umfassen folgende Maßnahmen:

a. Ausbau der Wasserstraße

Gegenstand des Vorhabens ist der Ausbau der Bundeswasserstraße Donau zwischen Donau-km 2321,70 (Schleuse Straubing) und Donau-km 2282,50 (Deggendorf) einschließlich des Südarms Straubing von Donau-km 2329,70S bis Donau-km 2319,30S mit flussregelnden Maßnahmen in Gestalt von Regelungsbauwerken (Buhnen, Parallelwerke und Ufervorschüttungen), Sohlbaggerungen und Sohlsicherungsmaßnahmen (Teilverbauten bzw. -verfüllungen von Kolken kombiniert mit einer Geschiebemanagement).

Durch Erhöhung der Fahrrinntiefe soll die Abladetiefe vergrößert werden, um die Schifffahrtsverhältnisse zu verbessern. Die Fahrrinntiefe wird von derzeit $RNW_{97} -2,00$ m auf künftig $RNW_{kÜ} -2,20$ m erhöht. Innerhalb der Strecke zwischen Straubing und Deggendorf ist Gegenstand des Vorhabens eine weitergehende Fahrrinnenvertiefung um zusätzliche 45 cm auf $RNW_{kÜ} -2,65$ m (Verbesserung der Westanbindung des Hafens Straubing-Sand zwischen Donau-km 2321,70 (Schleuse Straubing) und 2307,82 (Hafen Straubing-Sand) – „Westanbindung“).

Gleichzeitig sollen die fortschreitende Sohlerosion gestoppt und die Fahrrinnenunterhaltung insbesondere im Hinblick auf die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs optimiert werden.

aa. Regelungsbauwerke

- Anpassung von 67 bestehenden Buhnen, Rückbau von 6 bestehenden Buhnen, Neubau von 24 Buhnen;
- Anpassung von 5 bestehenden Parallelwerken, Neubau von 6 Parallelwerken;
- Neubau von 4 Ufervorschüttungen.

bb. Sohlbaggerungen

Die Gesamtbaggerfläche in der Sohle der Donau zwischen Straubing und Deggendorf beläuft sich auf ca. 147,5 ha (Baggervolumen: ca. 400.000 m³). Von der Baggerfläche sind 28,4 ha bzw. vom Baggervolumen 150.000 m³ durch die Westanbindung veranlasst.

cc. Sohlsicherungsmaßnahmen und Geschiebebewirtschaftung

Sohlsicherungsmaßnahmen sind auf einer Fläche von insgesamt ca. 51.000 m² vorgesehen.

- Kolkverbau/Kolkverfüllung auf RNW -3,50 m: 17 Stück auf einer Fläche von 40.200 m²;
- Kolkverbau/Kolkverfüllung auf RNW -4,50 m: 4 Stück auf einer Fläche von 2.200 m²;
- Tertiärabdeckung auf variablem Niveau: 1 Stück auf einer Fläche von 8.000 m².

Das Geschiebebewirtschaftungskonzept sieht eine Geschiebezugabe von im Mittel ca. 10.000 m³/a (im Unterwasser der Staustufe Straubing) und 12.000 m³/a (am Beginn der Reibersdorfer Kurven) vor. Unterhalb der Reibersdorfer Kurven bis Deggendorf geht der Geschiebebedarf zurück. Das Geschiebematerial entspricht hinsichtlich der Körnung in etwa dem an der Sohle der Donau vorhandenen Material.

b. Verbesserung des Hochwasserschutzes

Gegenstand des Vorhabens ist die Erhöhung des Schutzgrads des bestehenden Hochwasserschutzsystems für bestehende Siedlungen, Gewerbegebiete und bedeutende Infrastruktureinrichtungen von derzeit etwa HQ₃₀ auf einen Abfluss von 3.400 m/s (das entspricht derzeit einem HQ₁₀₀ im Abschnitt Straubing – Deggendorf) durch folgende Maßnahmen:

- Erhöhung und Ertüchtigung vorhandener Deiche;
- Errichtung neuer Deiche;
- Deichrückverlegungen (in einer zurückverlegten Deichlinie werden neue Deiche errichtet und die bestehenden Deiche beseitigt);
- Herstellung einer 2. Deichlinie zum Erhalt von Hochwasserrückhalteräumen (auf einer vom Fluss abgerückten Deichlinie werden neue Deiche auf Schutzgrad HQ₁₀₀ errichtet, wobei die bestehenden Deiche als 1. Deichlinie auf bisheriger Höhe mit einem Schutzgrad von etwa HQ₃₀ belassen werden);
- Beseitigung von Abflusshindernissen.

Gegenstand des Vorhabens zur Verbesserung des Hochwasserschutzes ist auch die Anpassung und Neuerrichtung von Binnenentwässerungsanlagen wie z. B. Entwässerungsgräben, Schöpfwerke, Siele und Düker.

Als Folgemaßnahme des Vorhabens zur Verbesserung des Hochwasserschutzes ist darüber hinaus die Anpassung von Wegebeziehungen und bestehender Leitungen/Sparten vorgesehen.

Nicht Gegenstand des Vorhabens zur Verbesserung des Hochwasserschutzes sind die sog. vorgezogenen Hochwasserschutzmaßnahmen, die als Einzelmaßnahmen realisiert wurden bzw. werden.

Durch die Maßnahmen sollen die zugehörigen Wasserspiegellagen so weit abgesenkt werden, dass unter Berücksichtigung aller bisherigen (Vorgezogenen) Hochwasserschutzmaßnahmen im Planfeststellungsgebiet ein einheitlicher Schutzgrad für bestehende Siedlungen, Gewerbegebiete und bedeutende Infrastruktureinrichtungen entsteht. Gleichzeitig sollen wesentliche Auswirkungen auf die Unterlieger und innerhalb des Abschnitts Straubing – Deggendorf vermieden werden.

Das aus 5 Poldern bestehende Hochwasserschutzkonzept umfasst im Wesentlichen folgende Maßnahmen:

aa. Polder Parkstetten/Reibersdorf (Donau-km 2317,00 bis 2311,00 – linkes Ufer)

- Erhöhung der bestehenden Deiche Alte Kinsach und Kinsach;
- Erhöhung und Ertüchtigung des bestehenden Deichs Bräufeld;
- Errichtung des neuen Querdeichs Lenach;
- Erweiterung der Donaubrücke (B 20) bei Donau-km 2317,00;
- Errichtung einer Überlaufstrecke bei Donau-km 2311,55 und einer Auslaufstelle bei Donau-km 2313,55 für die kontrollierte Befüllung und die Entleerung des Hochwasserrückhalteraums.

bb. Polder Sulzbach (Donau-km 2305,00 bis 2287,50 – linkes Ufer)

- Neuerrichtung/Erhöhung und Ertüchtigung des bestehenden Deichs Waltendorf;
- Rückverlegung/Erhöhung des bestehenden Deichs Hundldorf;
- Rückverlegung/Erhöhung und Ertüchtigung des bestehenden Deichs Schwarzach rechts.

cc. Polder Offenberg/Metten (Donau-km 2293,50 bis 2287,50 – linkes Ufer)

- Herstellung einer 2. Deichlinie, bestehend aus dem neuen Binnendeich Schwarzach links (bi) und dem bestehenden Autobahndamm der Bundesautobahn A 3;
- Rückverlegung/Erhöhung und Ertüchtigung des bestehenden Deichs Kleinschwarzach;
- Erhöhung und Ertüchtigung des bestehenden Deichs Metten West;
- Rückverlegung/Erhöhung und Ertüchtigung des bestehenden Deichs Metten Ost;
- Errichtung einer Überlaufstrecke bei Donau-km 2293,50 für die kontrollierte Befüllung des Hochwasserrückhalteraums.

dd. Polder Sand/Entau (Donau-km 2314,00 bis 2302,00 – rechtes Ufer)

- Errichtung des Deichs Sand;
- Errichtung des Deichs Sand-Asham;
- Errichtung einer Überlaufstrecke bei Donau-km 2309,83 für die kontrollierte Befüllung des Hochwasserrückhalteraums;
- Errichtung des Deichs Hermannsdorf-Ainbrach;
- Neuerrichtung (teilweise in rückverlegter Lage)/Erhöhung und Ertüchtigung des bestehenden Deichs Ainbrach-Sophienhof;
- Errichtung des Deichs Entau.

ee. Polder Steinkirchen (Donau-km 2295,40 bis 2289,90 – rechtes Ufer)

- Erhöhung des bestehenden Deichs Steinkirchen;
- Errichtung des Deichs Bergham (bereits umgesetzt aufgrund der vorläufigen Anordnung der Planfeststellungsbehörde vom 24.01.2017 – 3600P-143-3.Do/89 IV);
- Errichtung des Deichs Fehmbach (bereits umgesetzt aufgrund der vorläufigen Anordnung der Planfeststellungsbehörde vom 24.01.2017 – 3600P-143-3.Do/89 IV);
- Errichtung des Deichs Natternberg-Ort (bereits umgesetzt aufgrund der vorläufigen Anordnung der Planfeststellungsbehörde vom 24.01.2017 – 3600P-143-3.Do/89 IV);
- Errichtung eines kombinierten Ein- und Auslaufbauwerks für die kontrollierte Füllung und Entleerung des Hochwasserrückhalteraums bei Donau-km 2290,10;
- Anpassung des bestehenden Deichs Natternberg.

c. Landschaftspflegerische Begleitmaßnahmen

Des Weiteren umfasst die Planung die Vermeidung und Kompensation der durch die Vorhaben bedingten Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft.

- LBP-Maßnahmenkomplex 1: Vermeidungsmaßnahmen (teilweise bereits umgesetzt aufgrund der vorläufigen Anordnungen der Planfeststellungsbehörde vom 19.04.2016 – 3600P-143.3-Do/89 I, vom 17.05.2016 – 3600P-143.3-Do/89 II, vom 23.09.2016 – 3600P-143.3-Do/89 V, vom 24.01.2017 – 3600P-143.3-Do/89 IV, vom 08.08.2017 – 3600P-143.3-Do/89 VI und vom 20.11.2017 – 3600P-143.3-Do/89 VII) ;
- LBP-Maßnahmenkomplex 2: Kompensationsmaßnahmen (Donau);
- LBP-Maßnahmenkomplex 3: Kompensationsmaßnahmen (Deichhinterland – Offenland bei Hagenau);
- LBP-Einzelmaßnahme Nr. 4 A_{CEF}: Kompensationsmaßnahme im Polder Parkstetten/Reibersdorf (bereits umgesetzt aufgrund der vorläufigen Anordnung der Planfeststellungsbehörde vom 19.04.2016 – 3600P-143.3-Do/89 I);
- LBP-Maßnahmenkomplex 5: Kompensationsmaßnahmen (Deichvorland – Offenland bei Reibersdorf);
- LBP-Maßnahmenkomplex 6: Kompensationsmaßnahmen (Deichhinterland – Offenland zwischen Sand und Irlbach – bereits vorgezogen umgesetzt);
- LBP-Maßnahmenkomplex 7: Kompensationsmaßnahmen (Deichhinterland – Irlbacher Wald);
- LBP-Einzelmaßnahmen (Kompensationsmaßnahmen) 8.1 E_{FFH}, 8.2 E_{FFH}, 8.3 E_{FFH}, 8.2 E_{FCS} und 8.3 E_{FCS} (Anlage von Weichholzauebeständen) sowie 8.1 E_{FFH}^{sa/En} (Entwicklung von Hybrid-Pappelbeständen zu Weichholzauebeständen (LRT 91 E0*) und 9.1 A_{FFH} und 9.2 A_{FFH} (Anlage von artenreichem Extensivgrünland für *Maculinea nausithous*);
- LBP-Maßnahmenkomplex 10: Kompensationsmaßnahmen (Deichhinterland - Breitenhofer Holz);
- LBP-Maßnahmenkomplex 11: Kompensationsmaßnahmen (Deichvorland – Offenland bei Waltendorf);
- LBP-Maßnahmenkomplex 12: Kompensationsmaßnahmen (Deichhinterland – Offenland bei Waltendorf – bereits umgesetzt aufgrund der vorläufigen Anordnung der Planfeststellungsbehörde vom 20.11.2017 – 3600P-143.3-Do/89 VII);
- LBP-Maßnahmenkomplex 13: Kompensationsmaßnahmen (Deichhinterland – am Sulzbach – bereits umgesetzt aufgrund der vorläufigen Anordnungen der Planfeststellungsbehörde vom 24.05.2016 – 3600P-143.3-Do/89 III und vom 20.11.2017 – 3600P-143.3-Do/89 VII);
- LBP-Maßnahmenkomplex 14: Kompensationsmaßnahmen (Deichhinterland – Offenland bei Kleinschwarzach);
- LBP-Einzelmaßnahmen (Kompensationsmaßnahmen) 15.1 A_{FFH} (Anlage Dornenhecke und blütenreiches Extensivgrünland) und 15.2 A_{FFH} (Anlage Dornenhecke);

- LBP-Maßnahmenkomplex 16: Kompensationsmaßnahmen (Deiche);
- LBP-Maßnahmenkomplex 17: Kompensationsmaßnahmen (Nisthilfen);
- LBP-Einzelmaßnahme (Kompensationsmaßnahme) 18 A (Entsiegelung);
- LBP-Maßnahmenkomplex 19 (Kompensationsmaßnahmen): Suchraum Acker für produktionsintegrierte Kompensationsmaßnahmen.

2. Der Planfeststellungsbeschluss enthält im verfügenden Teil Anordnungen und Vorbehalte, sowie Auflagen an die Träger der Vorhaben zu folgenden Themen:

- a. Bauausführung
(Allgemeine Anforderungen an die Bauausführung / Wasserrecht / Lärm, Staub, Schall, Erschütterungen, Immissionsschutzbeauftragter / Schifffahrt / Straßenwesen / Verrohrung des Steinkirchner Grabens / Ver- und Entsorgungsleitungen / Anzeigepflichten)
- b. Beweissicherung
(Grund- und Druckwasserveränderungen, Auftrieb und Monitoring sowie Gebäude und sonstige bauliche Anlagen, Wegen, Straßen, Brücken, Flächen / Kreisstraße DEG 4)
- c. Naturschutz
(Ausführung der Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen und der Kompensationsmaßnahmen / Funktionskontrolle / Sicherung von Produktionsintegrierten Kompensations(PIK)-Maßnahmen / Ökologische Baubegleitung / Aushub- und Oberbodenmaterial / Anforderungen an Pflanzmaterial; Forstliche Belange / Zugangsbeschränkungen / Altlasten / Fischschutz / Ökologische Durchgängigkeit / Durchführung der LBP-Maßnahme Nr. 8.1 E_{FFHSa/En} / Entscheidung bei Nichteinigung)
- d. Denkmalschutz
(Meldepflicht, Veränderungsverbote / Umgang mit Bodendenkmälern)
- e. Private Belange und Einwendungen
(Schäden im Nahbereich der Überlaufstrecken und am Ein- und Auslaufbauwerk / Innendichtungen der Deiche / Bewuchspflege Deiche nach DIN 19712 / Entscheidungsvorbehalt Gebäude und sonstige bauliche Anlagen, Wege, Straßen, Brücken / Zusage für nicht voraussehbare vorhabenbedingte nachteilige Veränderungen / Entscheidungsvorbehalt Grund- und Druckwasserveränderungen, Auftrieb / Vorhabenbedingte Eingriffe in die Binnenentwässerung und Sparten / Beweissicherung Kirche Steinkirchen / Straßen- und Wegenutzung, insbesondere zu landwirtschaftlichen Flächen / Entscheidung bei Nichteinigung / Neues Deichvorland / Vorübergehend in Anspruch genommene Flächen und Umgang mit Oberboden / Kartierung Mücken im Polder Sulzbach / Wirtschaftsweg landseitig des Deiches Alte Kinsach / Überflutung und Entleerung der Hochwasserrückhalte-räume / Entscheidungsvorbehalt bzgl. vorhabenbedingter klimatischer Veränderungen / Baustraße für den Bau des Deiches Sand / Rücksichtnahme auf die Fischerei, Informationspflichten, Entscheidungsvorbehalt zu Beeinträchtigungen der Fischerei während der Bauzeit / Nachbarrecht, Sichtdreiecke / Entschädigung Lärm / Anordnungen, Beweissicherungen und Entscheidungsvorbehalte zugunsten bestimmter Einwenderinnen und Einwender für Umleitung Donauradweg wegen Bau des Deiches Waltendorf, Schutz der Damwildhaltung, Zusagen Entwässerung, Verzicht auf Grundstücksinanspruchnahme, Grundstücksüberbauung durch den Deich Lenach, Schutz landwirtschaftlicher Grundstücke vor Samenflug, Baustraße für den Bau des Deiches Sand, Erreichbarkeit Fischereirecht / konkrete Zusagen der Träger der Vorhaben)
- f. Sonstiges
(sonstige Zusagen der Träger der Vorhaben)

Es wird dabei erläutert, wie die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange, der anerkannten Vereinigungen sowie Äußerungen der Öffentlichkeit berücksichtigt oder wie ihnen anderweitig Rechnung getragen wurden. Zum Teil werden zugunsten des Allgemeinwohls und der Rechte anderer, insbesondere von Einwendern und Einwenderinnen Vorkehrungen oder die Errichtung und Unterhaltung von Anlagen angeordnet, Zusagen wiederholt sowie über die Zahlung von Entschädigung entschieden. Teilweise sind Beweissicherungen angeordnet. Soweit eine abschließende Entscheidung noch nicht möglich war, wird diese im Planfeststellungsbeschluss vorbehalten.

Vorbehalten bleiben außerdem weitere Anordnungen, die erforderlich sind, um eine Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit oder nachteilige Wirkungen auf Rechte anderer zu verhüten oder auszugleichen, sofern sich die der Planfeststellung zugrunde liegenden Verhältnisse infolge der Vorhaben wesentlich ändern sollten. Sofern solche Anordnungen untunlich oder mit dem Vorhaben unvereinbar sind, würde zugunsten des Betroffenen eine angemessene Entschädigung in Geld festgesetzt.

Weiter ist die Durchführung eines ergänzenden Planfeststellungsverfahrens für die Errichtung einer Liegestelle in Deggendorf (ca. Donau-km 2285,40 bis 2284,70 rechtes Ufer) vorbehalten.

Im verfügbaren Teil des Planfeststellungsbeschlusses ist auch eine Entscheidung über die im Anhörungsverfahren erhobenen Einwendungen getroffen. Soweit die Einwendungen nicht durch Inhalts- und Nebenbestimmungen oder Vorbehalte in diesem Beschluss, durch Planänderungen und/oder Zusagen der Träger der Vorhaben berücksichtigt worden sind oder sich im Laufe des Verfahrens auf andere Weise erledigt haben, wurden sie zurückgewiesen.

3. Aus datenschutzrechtlichen Gründen enthält der Beschluss keine Angaben zur Person privater Einwenderinnen und Einwender. Den Einwenderinnen und Einwendern wurden persönliche Kennziffern (PK) zugeordnet, die ihnen grundsätzlich schriftlich mitgeteilt werden. Außerdem können die PK von den betroffenen Personen schriftlich bei der Planfeststellungsbehörde erfragt werden. Die Namen der Einwender und Einwenderinnen, die öffentliche Interessen vertreten oder als Interessenvertreter für andere auftreten, sind nicht verschlüsselt.
4. Da mehr als 50 Planfeststellungsbeschlüsse an Einwenderinnen und Einwender sowie an Vereinigungen hätten zugestellt werden müssen, wird die Zustellung gemäß § 74 Abs. 5 VwVfG durch diese öffentliche Bekanntmachung ersetzt.
5. Je eine Ausfertigung des Planfeststellungsbeschlusses liegt zusammen mit einer Ausfertigung der festgestellten Pläne in der Zeit

**vom Mittwoch, den 22.01.2020 bis Dienstag, den 04.02.2020
jeweils einschließlich**

während der Dienststunden zur Einsicht aus

- a. in der Verwaltungsgemeinschaft Aiterhofen, Straubinger Straße 4, 94330 Aiterhofen

von Montag bis Freitag <u>zusätzlich</u> Donnerstag	von 08:00 Uhr bis 12:00 Uhr und von 14:00 Uhr bis 18:00 Uhr.
---	---

- b. im Bauamt der Stadt Bogen, Stadtplatz 56, 94327 Bogen – Zimmer 102

von Montag bis Freitag <u>zusätzlich</u> Donnerstag	von 08:00 Uhr bis 12:00 Uhr und von 13:30 Uhr bis 18:00 Uhr.
---	---

- c. im Bauverwaltungsamt der Stadt Deggendorf, Franz-Josef-Strauß-Straße 3, 94469 Deggendorf – 2. Stock, Flur zwischen den Zimmern 236 und 237

von Montag bis Freitag <u>zusätzlich</u> am Montag, Dienstag und Donnerstag	von 08:00 Uhr bis 12:00 Uhr und von 13:00 Uhr bis 16:00 Uhr.
---	---

- d. im Rathaus des Marktes Metten, Krankenhausstraße 22, 94526 Metten
von Montag bis Donnerstag	von 07:15 Uhr bis 12:00 Uhr,
Freitag	von 07:00 Uhr bis 12:00 Uhr und
<u>zusätzlich</u>	
Montag und Mittwoch	von 12.45 Uhr bis 16.30 Uhr.
- e. im Rathaus der Gemeinde Offenberg, Rathausplatz 1, 94560 Offenberg
am Montag, Dienstag,	
Mittwoch und Freitag	von 07:30 Uhr bis 12:00 Uhr und
<u>zusätzlich</u>	
Donnerstag	von 13:00 Uhr bis 18:00 Uhr.
- f. im Rathaus der Gemeinde Parkstetten, Schulstraße 3, 94365 Parkstetten
von Montag bis Freitag	von 08:00 Uhr bis 12:00 Uhr und
<u>zusätzlich</u>	
Dienstag	von 13:00 Uhr bis 17:00 Uhr,
Donnerstag	von 14:00 Uhr bis 18:00 Uhr.
- g. im Rathaus der Stadt Plattling, Preysingplatz 1, 94447 Plattling – 2. Stock, Zimmer 207
von Montag bis Freitag	von 08:00 Uhr bis 12:00 Uhr und
<u>zusätzlich</u>	
Montag bis Donnerstag	von 14:00 Uhr bis 16:00 Uhr.
- h. in der Verwaltungsgemeinschaft Schwarzach, Marktplatz 1, 94374 Schwarzach
von Montag bis Freitag	von 08:00 Uhr bis 12:00 Uhr und
<u>zusätzlich</u>	
Montag und Dienstag	von 13:00 Uhr bis 16:00 Uhr,
Donnerstag	von 13:00 Uhr bis 18:00 Uhr.
- i. im Rathaus der Gemeinde Stephansposching, Deggendorfer Straße 6, 94569 Stephansposching
von Montag bis Freitag	von 08:00 Uhr bis 12:00 Uhr und
<u>zusätzlich</u>	
Donnerstag	von 14:00 Uhr bis 17:30 Uhr.
- j. in der Verwaltungsgemeinschaft Straßkirchen, Lindenstraße 1, 94342 Straßkirchen
von Montag bis Donnerstag	von 08:00 Uhr bis 12:00 Uhr,
Freitag	von 08:00 Uhr bis 12:15 Uhr und
<u>zusätzlich</u>	
Dienstag	von 13:30 Uhr bis 15:30 Uhr,
Donnerstag	von 13:30 Uhr bis 18:00 Uhr.
- k. im Umweltamt der Stadt Straubing, Theresienplatz 2, 94315 Straubing – Zimmer 128
von Montag bis Freitag	von 08:00 Uhr bis 12:00 Uhr und
<u>zusätzlich</u>	
von Montag bis Mittwoch	von 14:00 Uhr bis 16:00 Uhr,
Donnerstag	von 14:00 Uhr bis 17:00 Uhr.

- I. in der Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt, Standort Würzburg, Wörthstraße 19, 97082 Würzburg, nach vorheriger Absprache unter Telefon 0931 4105-393 bzw. 0931 4105-0.

Darüber hinaus kann der Planfeststellungsbeschluss mit den Planbeilagen ab dem 22.01.2020 auch im Internet eingesehen werden unter:

https://www.gdws.wsv.bund.de/SharedDocs/Planfeststellungsverfahren/DE/600_Donau_Straubing_Deggendorf.html. Im Zweifel ist der Inhalt der zur Einsicht ausgelegten Beilagen maßgeblich (§ 27a Abs. 1 Satz 4 VwVfG).

6. Der Planfeststellungsbeschluss gilt gegenüber den Betroffenen und gegenüber denjenigen, die Einwendungen erhoben haben, mit dem Ende der Auslegungsfrist als zugestellt (§ 74 Abs. 5 Satz 3 VwVfG).
7. Der Planfeststellungsbeschluss kann von den Betroffenen und von denjenigen, die Einwendungen erhoben haben, bis zum Ablauf der Rechtsbehelfsfrist schriftlich oder elektronisch angefordert werden (§ 74 Abs. 5 Satz 4 VwVfG).

II.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen den Planfeststellungsbeschluss kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage erhoben werden beim Bundesverwaltungsgericht, Simsonplatz 1, 04107 Leipzig.

Die Anfechtungsklage gegen diesen Planfeststellungsbeschluss hat keine aufschiebende Wirkung. Der Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung der Anfechtungsklage gegen den Planfeststellungsbeschluss nach § 80 Abs. 5 Satz 1 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) kann nur innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Planfeststellungsbeschlusses gestellt und begründet werden.

Im Auftrag

gez. Welte
Regierungsrätin